

Viele Dritte Wege. Alternative Demokratiekonzepte der russischen Informellenbewegung in den Perestroika-Jahren

Hans Asenbaum

Zusammenfassung

Die sechs Jahre der sowjetischen Perestroika zwischen 1985 und 1991 stellen eine krisenhafte Umbruchszeit dar, in der der Wandel von Bevölkerung und politischer Elite bewusst erlebt und aktiv gestaltet wurde. In dieser speziellen Periode ermöglichte die Lockerung medialer und gesellschaftlicher Zensur die Entstehung informeller Organisationen, die sich in Form einer lautstarken Demokratiebewegung für diverse Systemalternativen einsetzten. Die Kritik am repressiven Staatssozialismus sowie am ungerechten Kapitalismus eröffnete den Blick auf viele Dritte Wege, die in einer Zeit rasanter öffentlicher Politisierung intensiv diskutiert wurden. Die Massendemonstrationen und propagierten Alternativen der russischen Informellenbewegung werden jedoch von Geschichtsschreibung und Sozialwissenschaften weitgehend ignoriert und sind so in Vergessenheit geraten. Der vorliegende Beitrag versucht diesem Vergessen entgegenzuwirken und die damaligen Ideen in aktuelle Diskussionen um eine Redemokratisierung der Demokratie bzw. um sozialistische Systemalternativen einfließen zu lassen. So soll eine neue Perspektive auf das Verhältnis von Demokratie und Sozialismus eingenommen werden. Nach einer historischen Einbettung des Forschungsgegenstandes werden die diversen Reformvorschläge und Alternativkonzeptionen dargestellt. Da es zu den Inhalten der russischen Informellenbewegung fast keine Literatur gibt, wurden sechzehn qualitative ExpertInneninterviews mit AktivistInnen verschiedenster ideologischer Richtungen in Moskau durchgeführt. Abschließend werden die besprochenen Ideen in den Kontext aktueller Krisen- und Alternativdiskussionen gestellt.

Schlagwörter: Alternative Demokratiekonzepte, Sozialistische Ideengeschichte, Russland, Perestroika, Systemtransformation, Zivilgesellschaft, Demokratiebewegung

Many Third Ways: Alternative Conceptions of Democracy in Russia during the Perestroika

Abstract

The six years of Soviet perestroika represent a time of radical change, consciously experienced and actively promoted by society and the political elite. In this special period the loosening of social and media censorship enabled the emergence of informal organisations, promoting their various ideas of system alternatives in a loud democracy movement. The criticism of repressive state socialism and unjust capitalism opened a perspective on many Third Ways, which were vividly discussed in a time of rapid public politicisation. The mass demonstrations and promoted alternatives of the Russian informal movement are, however, ignored by historic and social sciences and are thus almost forgotten. This paper tries to counteract this oblivion and to incorporate those ideas into current discussions about a re-democratisation of democracy or socialist alternatives respectively. Thus a new perspective on the relationship of democracy and socialism is taken into account. After a historic overview of the Russian informal movement, the various reform suggestions and system alternatives are illustrated. Since almost no literature on this topic exists, sixteen qualitative interviews with activists of various ideological backgrounds were taken in Moscow. Finally, the illustrated ideas will be put into the context of current alternative discussions of democracy.

Keywords: Alternative models of democracy, history of socialist ideas, Russia, perestroika, system transformation, civil society, democracy movement

1. Einleitung: Demokratien, Sozialismen und Krisen

Die Demokratie ist nun auch offiziell in der Krise. Und das nicht nur in Österreich. Das historische Projekt im Rahmen eines kapitalistischen Wirtschaftssystems demokratische politische Strukturen zu institutionalisieren scheint ins Wanken zu geraten. Dabei ist der Zustand dieser Krisenhaftigkeit nicht neu. Ebenso wie die Krisenerscheinungen unterliegt dabei auch die Produktion alternativer Visionen konjunkturellen Zyklen. Frühsozialisten, wie Charles Fourier, entwarfen detaillierte genossenschaftliche Utopien vor dem Hintergrund der Französischen Revolution 1789. Die europäischen Revolutionen 1848 stellten wesentliche Impulse für Marx' und Engels' wissenschaftlichen Sozialismus dar. Im Zuge der Studierendenproteste 1968 entwickelten sich basisdemokratische Theorien und Praxen. Die offenkundige Korrelation von Systemkrisen und der Herstellung alternativer Gesellschaftsentwürfe erklärt auch die aktuelle Konjunktur von Debatten um *Solidarische Ökonomie*, *Commons*, *Open Source Democracy* u. v. m. im Angesicht neoliberaler Krisenerscheinungen. Denn mit wirtschaftlichen, politischen und sozialen Strukturen werden auch hegemoniale Denksysteme brüchig. Neue Theorien entstehen nach Eva Kreisky immer dann, wenn sich gesellschaftliche Umstände so verändern, dass alte Erklärungsmuster das zu Beschreibende nicht mehr fassen können (vgl. Kreisky 2012). Und Immanuel Wallerstein meint in seinem Buch *Utopistik*:

„Normalerweise fällt es uns schwer, unsere letztlichen Gesamtziele festzulegen. Nur in der Phase einer systemischen Weichenstellung, eines historischen Übergangs, wird diese Möglichkeit real. Ich bezeichne solche Phasen als ‚Verwandlungs-Zeitraum‘. Utopistik wird darin nicht nur relevant, sondern zu unserem Hauptanliegen. In einer solchen Situation befinden wir uns derzeit.“ (Wallerstein 2008: 9)

Ebensolche Konjunkturen von Krisen und Reformversuchen sind das definierende Merkmal des Spätsozialismus, der Phase von Stalins Tod 1953 bis zum Ende der Sowjetunion 1991 (Segert 2007: 14). Den reformkommunistischen Experimenten – wie dem *Tauwetter* Chruschtschows ab 1956, dem *Prager Frühling* in der Tschechoslowakei 1968 und der *Solidarność-Bewegung* in Polen ab 1980 – waren stets ökonomische und/oder politische Krisen vorausgegangen (vgl. Segert 2002; Ekiert 1996). Das gleiche Muster ist auch in den späten 1980ern in der Sowjetunion erkennbar. Durch die wirtschaftliche und politische Stagnation geriet die

sowjetische Elite in Erklärungsnot. Die Periode der Perestroika (russisch für Umbau, Restrukturierung) stellt einen Wandlungsprozess dar, der innerhalb von nur sechs Jahren (1985-1991) zu einem Systemwechsel führte. Die damaligen Debatten in der Zivilgesellschaft, die als *Informellenbewegung*¹ bekannt wurde und defizitäre Mitbestimmung, ökonomische Ungleichheit und ökologische Zerstörung anprangerte, weisen in ihren Grundstrukturen erstaunliche Ähnlichkeit mit aktuellen Diskursen auf. Eines der zentralen Spezifika der damaligen inhaltlichen Auseinandersetzung besteht aber in dem scheinbaren Paradoxon, dass sich eine sozialistische Gesellschaft zu einer sozialistischen wandeln wollte – dass also der damalige Sozialismus als unzulänglich oder sogar als falsch begriffen und ein wahrer Sozialismus mit verschiedenen Vorstellungen von Demokratie in enge Verbindung gebracht wurde. Hier findet sich also eine Quelle an Gedanken, die auch für heutige Debatten fruchtbare Anregungen bieten könnte.

Die damaligen Diskussionen scheinen auch deshalb besonders interessant, weil sie von Geschichtsschreibung und Sozialwissenschaften bislang fast zur Gänze außer Acht gelassen wurden. Der Blick auf soziale Bewegungen, Heterogenität und die Vision eines demokratischen Sozialismus in der Sowjetunion scheint nicht in das hegemoniale Narrativ vom siegreichen Kapitalismus, das sich nach 1989/91 durchgesetzt hat, zu passen (vgl. Segert 2009: 99).¹ Nach ausführlicher Recherche konnten in deutscher und englischer Sprache keine Quellen über die Inhalte und Ideen der Informellenbewegung ausfindig gemacht werden.² Auch in russischer Sprache gibt es mit Ausnahme des Historikers Schubin (2005, 2006) fast keine Auf-

1 Der Terminus „Informellenbewegung“ entstand in der sowjetischen Presse (Igrunow 1990: 77; Schubin 2006: 3), die so eine Vielzahl an inhaltlich diversen Gruppierungen zusammenfasste. Der Heterogenität dieser Organisationen zum Trotz scheint der Begriff der Bewegung gerechtfertigt, da die ideologisch vielfachen Inhalte der Informellen doch insgesamt auf eine Demokratisierung der Gesellschaft zielten. Mit Ausnahme nationalistischer und faschistischer Strömungen waren vielfältige Ideen von Demokratie, wie im Weiteren gezeigt wird, das Ziel sozialistischer, ökologischer, anarchistischer und liberaler Gruppierungen (vgl. Lukin 2000: 112).

2 Für eine theoretische Konzeption dieses Mainstream-Narrativs siehe neben der häufig kritisierten und prominenten These Fukuyamas vom Ende der Geschichte (1992) auch János Kornai (2006: 209f), der vom Einordnen osteuropäischer Länder in den politischen und historischen Mainstream spricht.

arbeitung oder Dokumentation des Themas. Deshalb wurden sechzehn qualitative Interviews mit AktivistInnen verschiedener ideologischer Gesinnungen in Moskau durchgeführt, die sich während der Perestroika-Jahre für diverse Systemalternativen einsetzten. Um einem zu erwartenden Bias des historischen Vergessens und Neukonzipierens entgegenzuwirken, wurden zusätzlich Originaldokumente, wie Gründungspapiere, Programme und Samisdat-Artikel³ der Gruppierungen, in denen die jeweiligen InterviewpartnerInnen tätig waren, analysiert. Eine systematische Untersuchung wurde in einer Diplomarbeit festgehalten (Asenbaum 2012). Hier soll nun die Essenz der Ergebnisse, die für die aktuellen Debatten interessant scheinen, zusammengetragen werden. Nach einer historischen Einbettung, in der die Informellenbewegung in ihrem geschichtlichen Kontext kurz skizziert wird, werden die einzelnen, konkreten Reformideen und die großen gesellschaftlichen Gegenentwürfe der zivilgesellschaftlichen AktivistInnen dargestellt. Abschließen sollen vor dem Hintergrund der Ergebnisse konkrete Reformideen für die aktuelle Debatte formuliert sowie auf die zentrale Frage nach dem Zusammenhang von Demokratie und Sozialismus rekurriert werden.

Angesichts gegenwärtiger Krisenentwicklungen wird das Paradigma des „Endes der Geschichte“ (vgl. Fukuyama 1992), das den Kapitalismus als einzig logisches und natürliches Gesellschaftsmodell darstellt, und mit ihm die neoliberale Idee der Alternativlosigkeit brüchig. Dies ermutigt auch zu Neukonzeptualisierungen des Sozialismus, die lange tabu schienen. Doch eine Auseinandersetzung mit neuen Sozialismen kann nur auf Basis einer kritischen Reflexion der Vergangenheit, die unmittelbar mit diesem Begriff verknüpft ist, geschehen. Eine Gratwanderung zwischen einer strikten Ablehnung staatssozialistischer Diktaturen, die aber auch die Verneinung jeglicher positiver, sozialistischer Elemente mit sich bringt einerseits und einer Verteidigung des Staatssozialismus als durch das kapitalistische Umfeld verursachte Deformierung eines im Grunde guten sozialistischen Projekts, die damit aber auch autoritäre Elemente affirmiert andererseits, ist ein schwieriges Unterfangen – ein Unterfangen, das aber

3 Die meisten Forschungsarbeiten konzentrieren sich auf die geschichtlichen Entwicklungen der informellen Organisationen und fassen deren Ansichten meist schlagwortartig zusammen. Die einzige Ausnahme bildet hier Fisk 1991, der verschiedene marxistische Strömungen in der Perestroika-Zeit behandelt.

im Angesicht aktueller Entwicklungen dennoch dringend nötig scheint (vgl. INEX 2012: 7ff).

Eine der Lehren aus der staatssozialistischen Vergangenheit kann darin bestehen, soziale und zivilgesellschaftliche Bewegungen als zentrale Subjekte einer Neukonzeptualisierung des Sozialismus zu betrachten. Um nun tatsächlich alternative *Ideen* und *Inhalte* sozialer Bewegungen in den Blick zu nehmen und nicht, wie so oft, bei der Beschreibung von deren historischer Entwicklung und strategischer Ausrichtung zu verharren, kann der Ansatz von Price, Nonini und Fox Tree (2008) herangezogen werden. Sie kehren die übliche, eurozentristische Perspektive zur Erforschung indigener Bewegungen um und gehen induktiv von diesen aus, um dann die abgeleiteten Kriterien auf europäische soziale Bewegungen anzuwenden. Das Resultat besteht darin, dass so nicht primär die oppositionellen Anti-System-Einstellungen – und damit der destruktive Charakter – von sozialen Bewegungen gefasst werden, sondern ihre utopische, also konstruktive, Alternativenorientierung. Soziale Bewegungen werden so als *Grounded Utopian Movements* begriffen, deren wesentliches Merkmal die Generierung von alternativen Gesellschaftsentwürfen ist. Das Forschungsinteresse des folgenden Beitrags gilt also der *Grounded Utopian Theory*, die durch die russische Informellenbewegung entstand und in einem ganz speziellen historischen Kontext neue Synergien von Demokratie und Sozialismus generierte.

2. Die historische Entwicklung der Informellenbewegung

Die Wurzeln der Informellenbewegung, deren Aktivität sich lediglich über die sechs Jahre der offiziellen Perestroika erstreckt, können weit in der Geschichte des sowjetischen Staatssozialismus zurückverfolgt werden. Meinungsvielfalt und Opposition wurden in den Anfängen unter Lenin lautstark artikuliert. Unter Stalin verstummte der Protest zwar, aber er verschwand nicht. Die sich formierende DissidentInnenbewegung wurde in den Untergrund gedrängt. Anders als die im Mainstream oft propagierte Darstellung aus totalitarismustheoretischer Perspektive⁴ fand sich hier aber

4 Die wörtliche Übersetzung von „Samisdat“ ist „Selbst“- oder „Eigenverlag“. Gemeint sind also Schriften, die kein professioneller Verlag publizieren wollte. Davon waren meist Texte betroffen, deren offizielle Publikation durch die Zensur ausgeschlossen war und die folglich durch AktivistInnen illegal im Untergrund verbreitet wurden.

keine homogene Gruppe liberal-kapitalistisch orientierter Fundamentaloppositioneller. Vielmehr bestand ein breites ideologisches Spektrum, das Vorstellungen eines alternativen, demokratischen Sozialismus mit einschloss (vgl. Lewytkyj 1974; Komaromi 2012: 75; Gerstenmaier 1972: 135; Schlögel 1984: 178f). Mit Chruschtschows *Tauwetter* ab 1956 wurden Sanktionen für dissidentische Aktivität gelockert. Die DissidentInnen blieben zwar bis zur Perestroika weitgehend unsichtbar, doch in diesem Klima partieller gesellschaftlicher Liberalisierung – das, etwas zeitversetzt zum westlichen Fordismus, von einem sozialstaatlichen Ausbau begleitet war und zu einem *Konsumsozialismus*⁵ führte – entstanden neue Kanäle politischer Artikulation. Junge Leute fanden in ihrer Interpretation US-amerikanischer Rock- und Hippiekultur Zugang zu neuen Inhalten. So formierten sich diverse Subkulturen, die mit alternativen Lebensweisen experimentierten (Riordan 1988). Die erwachsene Bevölkerung schulte indes ihre politischen Organisationsfähigkeiten in den KP-nahen Gewerkschaften und lokalen Nachbarschaftsgruppierungen, war aber auch in „privaten“ Hobbyclubs und Diskussionszirkeln aktiv, die wenigstens ein geringes Maß politischen Austauschs ermöglichten (Bahry/Silver 1990).

Mit dem Tod Breschnews wuchs die Hoffnung in der Bevölkerung auf Veränderung. Die Gesellschaft war nicht mehr dieselbe wie zu Stalins Zeiten, als ein überwiegend agrarisches Volk durch Terror und Zwang in nur wenigen Jahrzehnten enorme Sprünge in Industrialisierung, Urbanisierung und Alphabetisierung vollzog. Die Menschen verfügten über ihre Lebensgrundlagen und waren nun gebildeter und anspruchsvoller. Doch die wirtschaftliche Lage verschlechterte sich. Als zudem auf Breschnew der greise Andropow folgte, der nach nur fünfzehn Monaten im Amt verstarb und auf diesen wiederum Tschernenko, der bereits nach zwölf Monaten seinen natürlichen Tod

fand, wurde vielen in Bevölkerung und Elite klar, dass eine grundlegende Erneuerung unausweichlich war (siehe nachfolgendes Zitat). Bereits in dieser Zeit, nicht erst unter Gorbatschow, entstanden die meisten politischen informellen Gruppierungen, die immer aktiver über Erneuerung und Systemwechsel nachdachten. Mit Gorbatschow war nun der Reformier gefunden, der einen solchen Umgestaltungsprozess begann und damit einen Systemwechsel in die Wege leitete.

„Perestroika ist eine unumgängliche Notwendigkeit, die aus den tiefer liegenden Entwicklungsprozessen in unserer sozialistischen Gesellschaft hervorgegangen ist. Diese Gesellschaft ist reif für eine Veränderung. Sie hat sich lang danach geseht. Jeder Aufschub der Perestroika hätte in naher Zukunft zu einer Verschlechterung der Situation im Innern führen können und, um es unverblümt zu sagen, eine ernste soziale, wirtschaftliche und politische Krise heraufbeschworen.“ (Gorbatschow 1987: 17f)

Die Politik der *Glasnost* (Transparenz) lockerte die Medienszensur erheblich. Indem neue, liberal orientierte Redaktionsleiter der wichtigsten Zeitungen eingesetzt wurden, wurde eine deutliche Veränderung im öffentlichen Diskurs erzeugt. Die ehemals tabuisierten Themen organisierte Kriminalität, Korruption, Alkoholismus, Prostitution, HIV/AIDS, Armut, Umweltverschmutzung u. v. m. wurden nun mehr oder minder offen diskutiert. Auch die vielen informellen Organisationen fühlten sich in diesem Klima des Aufbruchs weniger verfolgt. Um sie zu regulieren wurden zwar neue Gesetze geschaffen, die die Verfügbarkeit öffentlicher Räume an inhaltliche Einschränkungen band, dieses Angebot wurde aber von den meisten Klubs ausgeschlagen. Aufgrund des selbstgewählten informellen Status der diversen Organisationen fand sich in journalistischen Diskursen bald die Bezeichnung *Informellenbewegung* um die neue zivilgesellschaftliche Graswurzelaktivität zu charakterisieren (Altrichter 2009: 97; Garcelon 2005: 47). Aus Literatur- und Philosophieclubs wurden bald politische Gruppierungen verschiedenster ideologischer Ausrichtung. Aus ArbeiterInnenvereinigungen in den Betrieben wurden unabhängige Gewerkschaften, die sich von den staatlichen abgrenzten. Überall wurden nun Alternativen diskutiert. Der offiziell initiierte Diskurs über die Erneuerung des Sozialismus, der meist auf die Anreicherung des bestehenden Systems mit kapitalistischen Wettbewerbselementen zur Produktionssteigerung zielte, wurde von der Bevölkerung aufgegriffen und in viele, mitunter systemalternative Richtungen weitergetragen.

5 Die klassische Totalitarismustheorie ausgehend von z. B. Hanna Arendt (1951) und Carl Joachim Friedrich (1957), entstand vor dem Hintergrund des Ost/West-Konflikts. Ihr binärer, kategorischer Ansatz legt einen klaren Kriterienkatalog fest, um auszumachen, ob ein System totalitär oder liberaldemokratisch ist. Gefragt wird unter anderem nach der Zentrierung politischer, ökonomischer und militärischer Macht beim Staat bzw. einer Massenpartei, die ebenfalls die Medien monopolisiert, eine alle Lebensbereiche durchdringende Ideologie generiert und durch Terror herrscht. Durch die Anwendung dieser Theorie werden Kommunismus und Faschismus oft als wesensgleich beschrieben.

Erste offizielle politische Aktionen fanden im Bereich des Denkmalschutzes statt. Hier organisierten sich Menschen, um historische Bauten vor dem Abriss zu schützen. Die Besetzung solcher Bauten führte oft zum Erfolg, da es die lokalen Staatseliten nicht gewohnt waren, mit offenem Widerstand anders als durch Repression umzugehen (Engert/Gartenschläger 1989: 62; Kagarlitsky 1988: 334; Hosking 1992: 9; Schubin 2005: 145). Der Gedanke des Schutzes des eigenen Umfelds und der Kritik an der Machtkonzentration bei einer willkürlich regierenden Elite wurde in den Umweltschutz weitergetragen. So wurden in einzelnen Moskauer Bezirken kollektive Petitionen und Demonstrationen organisiert, die sich gegen den Bau neuer Industrieanlagen wandten, da die Luftverschmutzung bereits unerträglich schien. Ermutigt durch erste Erfolge begannen sich die Menschen dauerhaft zu organisieren und die lokale Politik in diversen Selbstverwaltungsprojekten zu gestalten (Schubin 2006: 229; Engert/Gartenschläger 1989: 47).

Im universitären Bereich formierte sich vor allem durch Studierende ein breites Spektrum diverser politischer Organisationen, die sich in immer größere Dachverbände zusammenschlossen. Das erste groß angelegte Treffen verschiedenster informeller Organisationen fand zwischen 20. und 23. August 1987 in Moskau statt. Hier entstand die *Federazija socialistisch-obschestwennykh klubow* (Föderation Sozialistischer Gesellschaftlicher Klubs), die im Verlauf des folgenden Jahres die meisten sozialistisch und anarchistisch orientierten Klubs vereinte. Es folgten weitere große Treffen, Konferenzen und erst zaghafte, dann immer lautere Demonstrationen. Die Idee einer russischen Volksfront nach dem baltischen Vorbild konnte jedoch niemals verwirklicht werden, da in der Sowjetunion der nationale Freiheitskampf gegen die Fremdherrschaft als einendes Motiv fehlte.⁶ Am ehesten nahm eine solche Position die Organisation *Memorial* (Gedenkstätte) ein, die für eine Aufarbeitung des Stalinismus eintrat und unionsweit 180 Organisa-

tionen mit 20.000 aktiven Mitgliedern vereinte (Hosking 1992: 17f). Die deklariert liberal-kapitalistischen Gruppierungen innerhalb der Informellenbewegung hatten es vor allem deshalb schwer, eine gemeinsame, wirkmächtige Struktur zu entwickeln, weil sie in der frühen Phase der Perestroika nur etwa 10 Prozent der AktivistInnen ausmachten (Igrunow 1990: 92; vgl. auch Brovkin 1990: 244). Ihr *Kolzo objedinjonnych iniziatif* (Ring Vereinigter Initiativen) blieb wegen mangelnder Beteiligung inaktiv (Schubin 2006: 113).

Dieses Verhältnis sowie die gesamte historische Situation der Informellenbewegung veränderte sich mit dem Wendejahr 1989 grundlegend. Die Reformelite um Gorbatschow geriet mehrfach unter Druck und musste zwischen konservativ-stalinistischen und radikalkapitalistischen Kräften innerhalb der Partei navigieren. Außerdem verlieh die ArbeiterInnenbewegung, die sich in lautstarken BergarbeiterInnenstreiks artikuliert und in Räten formierte, den Forderungen der Informellen in den urbanen Zentren Nachdruck (für ausführliche Beschreibungen siehe z. B. Mandel 1991; Aves 1992, Friedgut/Siegelbaum 1990; Sedaitis 1991). Gorbatschow beschleunigte den Reformkurs. Erstmals fanden halbfreie Wahlen zum neu geschaffenen Volksdeputiertenkongress statt, zu denen auch unabhängige KandidatInnen (jedoch keine alternativen Parteien) zugelassen waren. Dies bot den Informellen theoretisch die Möglichkeit ihre eigenen Leute ins Parlament zu bringen. Gleichzeitig sahen sich die Graswurzelinitiativen aber auch mit den Zwängen einer kapitalistischen Wettbewerbsdemokratie konfrontiert. Sie verfügten kaum über die nötigen Ressourcen, um für ihre KandidatInnen zu werben und mussten zudem ihre Ideen zu plakativen Slogans verkürzen. Alternative Gesellschaftsentwürfe traten in den Hintergrund. Als Gewinner der Wahl tat sich der ressourcenstarke Boris Jelzin hervor, dessen Vision sich vor allem durch ihre Leere auszeichneten. Russischer Nationalismus wurde mit Anti-KP-Rhetorik gepaart, das Offenlegen der radikalkapitalistischen Alternative vermieden. Die informellen Organisationen sahen teilweise ihre einzige Option darin, Jelzin zu unterstützen. Andere verfolgten ihre Utopie im Kleinen oder verzichteten schließlich gänzlich auf politische Mitbestimmung. Auch nach dem Systemwechsel blieben die meisten informellen AktivistInnen in Zivilgesellschaft und Wissenschaft politisch aktiv. Ihr Engagement wird aber heute kaum wahrgenommen. Die großen Parteien, die das heutige Geschehen in Russland dominieren, gehen kaum auf die Informellenbewegung zurück, sondern wurden

⁶ Der Begriff „Konsumsozialismus“ beschreibt theoretische und praktische Ausformungen sozialistischer Systeme, die auf die Befriedigung der Bevölkerung durch Konsum abzielen. Da nach Stalins Tod und vor allem in den Breschnew-Jahren Terror als Herrschaftsinstrument deutlich reduziert wurde, wurde dieser durch Konsumorientiertheit als Arbeitsmotivation ersetzt. Ähnlich wie im westlichen Fordismus wurde Konsens über partielle soziale Zugeständnisse und ein Anheben des durchschnittlichen Lebensstandards erzeugt (Segert 2009: 108; Lane 1992: 183).

von kapitalstarken AkteurInnen initiiert (Simon 2010; Kagarlitsky 1990a: 82ff, Garcelon 2005; Garcelon 1997; Schubin 2006: 269ff). Im Folgenden sollen die von der Geschichtsschreibung vergessenen Inhalte der Informellenbewegung dargestellt werden.

3. Empirie: Die vielen Facetten des demokratischen Sozialismus

Für einen kurzen historischen Moment also, für wenige Jahre, schien eine Alternative zu staatssozialistischer Diktatur und kapitalistischer Elitenherrschaft tatsächlich möglich. Die zentralen Ideen informeller AktivistInnen werden hier ausgehend von jenen dargestellt, die unserem heutigen kapitalistischen System am ähnlichsten sind bis hin zu jenen, die sich am deutlichsten von diesen unterscheiden. Damit wird ein Gedankengang von Reform zu Systemwechsel aus heutiger Sicht skizziert. Dabei ist allen Visionen der Wunsch nach direkterer Mitbestimmung der BürgerInnen gemein (vgl. Lukin 2000: 112), was die Verwendung des Begriffs der „Informellenbewegung“ für eine Ansammlung so diverser gesellschaftlicher Gruppierungen erklärt. Eine ähnliche Debatte, wie sie heute unter dem Schlagwort „Direkte Demokratie“ stattfindet, lief damals unter dem Schlagwort der „Selbstverwaltung“, die, wie gezeigt wird, auch in liberalen Konzeptionen eine wichtige Rolle spielte.

Wie oben erwähnt, nahmen liberal-kapitalistische Gruppierungen in der Informellenbewegung zunächst eine marginale Rolle ein. Zum Verständnis des damals propagierten Liberalismus ist ein Punkt ausschlaggebend, der überdies erklärt, warum diese Utopie auch aus heutiger Sicht als eine Alternative zum jetzigen westlichen System gesehen werden kann. Die Vorstellungen der SowjetbürgerInnen der 1980er-Jahre basierten nicht auf Erfahrung, sondern auf Fiktion. Der Kapitalismus war ein niemals erlebtes, sondern ein rein erdachtes System – eine Utopie, die auf Erzählungen und auf einem gewissen kulturellen Austausch mit dem Westen basierte. Der Anthropologe Alexei Yurchak hat dieses Phänomen einer kapitalistischen Utopie aus Sicht sowjetischer BürgerInnen als *Imaginary West* beschrieben. Er spricht von einem...

„[...] Soviet imaginary ‚elsewhere‘ that was not necessarily about any real place. The ‚West‘ (zapad) was its

archetypal manifestation. It was produced locally and existed only at the time when the real West could not be encountered. [...] [A] diverse array of discourses, statements, products, objects, visual images, musical expressions, and linguistic constructions that were linked to the West by theme or by virtue of their origin or reference, and that circulated widely in late socialism, gradually shaped a coherent and shared object of imagination – the Imaginary West.“ (Yurchak 2005: 159, 161)

Yurchak erklärt einzelne Gegenstände wie Cola-Dosen oder Schallplatten als Kultgegenstände, die in der Sowjetunion von Jugendlichen gesammelt und zur materiellen Basis der liberalen Utopie wurden. Die Jugendkultur der Breschnew-Ära (die aber bis zu den Stiljagi der 1940er zurückverfolgbar ist) reicht damit deutlich in die Informellenbewegung hinein. Die Liberale Galina Michaljowa, damals Vorsitzende der Regionalorganisation von *Memorial* in Swerdlowsk (heute Jekaterinburg), erinnert sich: „Dort [aus dem Westen] kamen doch alle modischen Strömungen, die ganze Kultur her. Wir begeisterten uns für Rockmusik und kleideten uns wie Hippies.“ (Michaljowa 2011) So deutlich sich dieses Lebensgefühl artikuliert, so verschwommen blieb aber die Vision, die hier in Anlehnung an Yurchak als *imaginierte liberale Demokratie* beschrieben werden soll. Anna Solotarjowa von der liberalen Organisation *Graschdankoje dostoinstwo* (Bürgerwürde) rekonstruiert:

„Wir hatten kein genaues Bild davon, was sein wird. Das Hauptziel bestand darin, die Sowjet-Macht zu zerstören. [...] Was die Zeit nach dem Verschwinden der verhassten Herrschaft angeht, waren die Ideen sehr allgemein: Es sollte so sein, wie in Europa, so, wie auf der ganzen Welt. Es sollte normal sein – eine normale Gesellschaft. Wir haben selten die Details des zukünftigen Systems besprochen.“ (Solotarjowa 2011)

Einerseits stellt also dieses Unkonkrete ein zentrales Element der imaginierten liberalen Demokratie dar. Gleichwohl erinnert sich Solotarjowa aber an die Forderung nach lokalen BürgerInnenversammlungen, auf denen unter freiem Himmel Entschlüsse von der Bevölkerung direkt getroffen werden sollten. Im Reformprogramm ihrer Organisation ist überdies von Selbstverwaltung in Betrieben und Schulen sowie von starken, unabhängigen Gewerkschaften die Rede (*Graschdankoje dostoinstwo* 1988: 2). Insgesamt zeichnet sich also ein System ab, in dem kapitalistische Elemente zwar eine wichtige Rolle spielen, aber untertheoretisiert bleiben, während sozialistische Elemente deutlich expliziert werden. Dies entspricht den für diese Zeit

7 Für eine ausführliche Beschreibung des langwierigen Konsolidierungsversuchs einer russischen Volksfront siehe Kagarlitsky (1990a: 33ff).

typischen Vorstellungen der SowjetbürgerInnen, die Vorteile kapitalistischer Produktivität und Konsumorientiertheit mit sozialistischer Sozialstaatlichkeit zu verbinden. „Damals stellten wir uns vor, dass all die sozialen Garantien, die wir hatten, bleiben würden. [...] Wir gingen davon aus, dass all das bleibt, aber Freiheiten sowie Privatbesitz dazukommen.“ (Michaljowa 2011)

Im liberalen Spektrum der Informellenbewegung formierten sich (vor allem gegen Ende der Perestroika-Phase) aber auch konkrete Ideen, wie ein Kapitalismus – im Gegensatz zum westlichen – gerechter gestaltet werden könnte. Auf die Frage, wer die Entscheidungen in einer kapitalistischen Wirtschaft treffen sollte, antwortet Michaljowa emphatisch: „Die Leute selbst!“ (ebd.) Ein kapitalistisches Konkurrenzsystem, in dem die Erwerbstätigen an den Entscheidungen ihrer Betriebe beteiligt sind, erklärt Michaljowa als *Volkskapitalismus*: JedeR Angestellte ist AktienbesitzerIn des eigenen Unternehmens und so bis zu einem gewissen Grad in betriebliche Entscheidungen involviert. Hier finden sich Überschneidungen mit marktsozialistischen Vorstellungen, die weiter unten besprochen werden.

Die Idee der imaginierten liberalen Demokratie ist auch für die sozialdemokratischen Strömungen innerhalb der Informellenbewegung ausschlaggebend, da sie auch hier die Verschwommenheit des konzipierten sozialen Kapitalismus erklärt. Während sozialistische Mechanismen wie das Delegationsprinzip und ArbeiterInnen selbstverwaltung oft konkret dargelegt werden, bleibt das kapitalistische Umfeld, in dem diese wirken, im Dunklen und wird zur Generierung des Wohlstands für alle vorausgesetzt. Im Gegensatz zu gegenwärtigen westlichen Diskussionen wird aber im Kontext der Informellenbewegung vor allem das demokratische Moment der Sozialdemokratie betont. Pawel Kudjukin – Mitbegründer des sozialdemokratischen Klubs *Demokratitscheskaja perestroika* (Demokratische Perestroika) und der *Sozial-demokratitscheskaja partija Rossii* (Sozialdemokratische Partei Russlands) – skizziert einen solchen „maximal sozialisierten Kapitalismus mit maximal entwickelter Demokratie“ (Kudjukin 2011). Die Funktionsweisen einer parlamentarischen repräsentativen Demokratie werden hierbei nicht weiter erläutert. Der Fokus liegt auf zivilgesellschaftlichem Engagement, auf vom Volk initiierten Referenden und auf einem hohen Niveau sozialstaatlicher Umverteilung, die primär als Teil eines demokratischen Projekts begriffen wird. „Die Liberalen stellten die Frage

nach der Freiheit und die Sozialisten stellten die Frage nach den materiellen Garantien der Freiheit.“ (Ebd.)

Das Herzstück dieser sozialdemokratischen Vision stellt eine neu konzipierte Sozialpartnerschaft dar. Die Problematik sozialpartnerschaftlicher Modelle, in denen nur die Interessen der Unternehmenden und der Erwerbstätigen, nicht aber der Reproduktionstätigen, sowie der Pensionierten und jungen Menschen berücksichtigt werden, überwindet Kudjukin, indem er neben Unternehmen und Gewerkschaften auch Konsumierendenräte um einen Verhandlungstisch versammelt. Durch einen neuen Tripartismus, der auch Konsumierende einschließt, wären alle repräsentiert. Neben der indirekten Einflussnahme durch Parlamentarismus und Korporatismus sowie der direkten Partizipation durch Referenden besteht bei Kudjukin außerdem die Möglichkeit unmittelbarer Gestaltung der Wirtschaft in den selbstverwalteten Betrieben. ArbeiterInnen selbstverwaltung beschränkt sich hierbei auf nur einen Sektor der Gesamtwirtschaft, die dreigliedrig in einen staatlichen, einen privaten und einen selbstverwalteten Sektor unterteilt wird (ebd.).

Die Funktionsweise einer solchen gemischten Ökonomie erläutert Wiktor Dementjew, der zur Zeit der Perestroika im wissenschaftlichen und KP-nahen Bereich tätig war. Die Dreiteilung der Wirtschaft würde demnach kapitalistischen Konjunkturphasen entgegenwirken und Wirtschaftskrisen verhindern bzw. mildern. Schrumpft das Bruttoinlandsprodukt, verkleinert sich auch die Gewinnspanne von Unternehmen und wird daher für KapitalistInnen unrentabel. Dies bedeutet aber nicht, dass Löhne nicht mehr ausbezahlt werden können; nur der Profit fehlt. Nun können also die Lohnarbeitenden den Betrieb übernehmen. So bleiben ihre Arbeitsplätze und ihre Konsumkraft erhalten, was einem weiteren Wirtschaftsabschwung entgegenwirkt. Die PrivatbesitzerInnen machen durch den Verkauf keinen Verlust. Folgt auf den Abschwung bald wieder ein Aufschwung, kann das Kollektiv den Betrieb entweder mit Gewinn an Private verkaufen oder ihn selbstverwaltet weiterführen und über den Profit verfügen. Schrumpft die Wirtschaftskraft hingegen trotzdem weiter und wird die Ausbezahlung der Löhne auch für das ArbeiterInnenkollektiv unmöglich, kauft der Staat das Unternehmen. Die Angestellten erhalten so ihre Investitionen zurück und ihre Arbeitsplätze bleiben erhalten. Der Staat finanziert dies aus Steuereinnahmen und muss sich darüber hinaus eventuell verschulden. Wächst die Wirtschaft wieder, werden die Unternehmen wieder von profitorientierten KapitalistInnen

gekauft. Der Staat kann sich wieder entschulden. So entsteht ein stark abgeschwächter Krisenzyklus: In der Abschwungsphase wächst der selbstverwaltete Sektor, der private schrumpft. In einer eventuellen Rezession wächst der staatliche Sektor und während des Aufschwungs vor allem der private (Dementjew 2011).

Mit staatlichen Lenkungsmöglichkeiten einer kapitalistischen Wirtschaft setzt sich auch Boris Kagarlitzkij auseinander. Bereits in den 1970er-Jahren war er als eurokommunistischer Dissident im Untergrund tätig, er wurde während der Perestroika zu einer der zentralen Figuren der Informellenbewegung und zählt heute zu den bekanntesten systemkritischen AktivistInnen Russlands. Als Vorsitzender der *Moskowskij narodnyj front* (Moskauer Volksfront) propagierte er ein Modell, das eine reine Selbstverwaltungswirtschaft mit repräsentativer Demokratie verbindet. Neben der direkten Partizipation aller in den Entscheidungen des eigenen Betriebs, sollten repräsentativ beschickte Parlamente die Politik des Landes leiten. Das wesentliche Steuerungsinstrument, das Kagarlitzkij der Legislative in die Hand geben wollte, nannte er *Universalleasing*. Demnach ist der Staat für die Schaffung der volkswirtschaftlichen Infrastruktur verantwortlich. Er finanziert, erbaut und erhält also die für Produktion und Dienstleistung nötigen Fabriken, Geschäftslokale, Maschinen etc. Erwerbstätige organisieren sich in Kollektiven und mieten diese Infrastruktur vom Staat. Die erste Rate wird nach dem ersten Betriebsmonat und damit ersten Einnahmen fällig. Damit ist zur Gründung eines Unternehmens kein Startkapital nötig. Profite werden reinvestiert bzw. im Kollektiv als Zuschuss zu den Löhnen aufgeteilt. Während die gesamte Wirtschaft so selbstverwaltet funktioniert, behalten repräsentativ gewählte Staatsorgane damit die Lenkungscompetenz über gesamtwirtschaftliche Prozesse, da die ökonomische Infrastruktur immer dort weiter ausgebaut wird, wo dies volkswirtschaftlich nötig ist. Diese wirtschaftspolitischen Entscheidungen werden gemeinsam von Parlamentsabgeordneten und Delegierten der selbstverwalteten Betriebe in dafür eingerichteten Planungseinheiten getroffen. «Die demokratischen Vertreter der politischen Macht [...] treffen sich hier und können demokratisch ihre Interessen mit dem, was von unten aus den Unternehmen kommt, akkordieren.» (Kagarlitzkij 2011; vgl. auch Kagarlitzky 1990b: 377)

Eine Unterscheidung des sozialdemokratischen und des sozialistischen Spektrums innerhalb der Informellenbewegung kann schwerlich eindeutig getroffen werden. Zwei wichtige Merkmale können aber her-

vorgehoben werden. Erstens kann es in sozialistischen, im Gegensatz zu sozialdemokratischen, Konzeptionen durch den gesellschaftlichen Besitz an den Produktionsmitteln keine Subtraktion eines Mehrwerts, also kein Ausbeutungsverhältnis zwischen KapitalistInnen und Lohnarbeitenden, geben. Zweitens beruhen sozialistische Entscheidungsprozesse wesentlich auf direkter Entscheidung der Basis bzw. auf Delegation, während in sozialdemokratischen Repräsentation vorherrscht. Entlang dieser Merkmale wird deutlich, dass Kudjukin und Dementjew klar dem sozialdemokratischen Lager zugerechnet werden können, während Kagarlitzkij eher im sozialistischen oder an der Schnittstelle zwischen den beiden anzusiedeln ist. Gleiches gilt für Galina Rakizkaja, die (wie Kudjukin) bei der Gründung der *Sozial-demokratitscheskaja partija Rossii* (Sozialdemokratische Partei Russlands) eine führende Rolle einnahm und deren linker Fraktion vorstand. Typisch ist auch hier die Verschwommenheit ihrer Gesamtkonzeption, die sich aus teils widersprüchlichen traditionell sozialistischen und kapitalistischen Elementen zusammensetzt. Diese Mischung ist daher typisch, weil sich SozialistInnen in der Informellenbewegung zwischen drei Polen bewegten. Erstens wurde versucht, vorstalinistische, emanzipatorisch-sozialistische Ideen wieder aufzugreifen. Zweitens erwies es sich aber für viele als schwierig, dem autoritären Staatssozialismus gänzlich den Rücken zu kehren und jede über Jahrzehnte sozialisierte Loyalität aufzugeben. Deshalb schwingen in sozialistischen Konzeptionen, wie jenen Rakizkajas, oft auch zentralistische und autoritäre Tendenzen mit. Und drittens sympathisierte man auch mit den neuen liberaldemokratischen bzw. kapitalistischen Ideen, die gegen Ende der Perestroika zunehmend den öffentlichen Diskurs dominierten. So entstanden hier eigenartige Hybride.

Vor diesem Hintergrund ist nicht erstaunlich, dass sich Rakizkaja gegenüber basisdemokratischer Entscheidungsfindung skeptisch zeigt und diese Aufgabe lieber IngenieurInnen und den ArbeiterInnenräten überlässt. Gleichzeitig illustriert sie aber ein klares rätendemokratisches System, in dem die Entscheidung direkt von der lokalen Bevölkerung bzw. der Belegschaft von Betrieben ausgeht. Der zentrale Mechanismus, der direktdemokratische Entscheidung auch für viele ermöglichen soll, ist jener der Delegation durch das imperative Mandat. Dabei werden inhaltliche Beschlüsse, die nur eine kommunale bzw. betriebliche Einheit betreffen, von den Mitgliedern derselben in einem diskursiven Prozess selbst gefällt. Betreffen Ents-

cheidungen mehr als eine Einheit, werden Delegierte mit einer an der Basis beschlossenen Verhandlungsposition betraut, die dann in einem Rat von Delegierten diverser Einheiten akkordiert wird. Rakizkaja betont: „Im Delegationssystem wird die Vollmacht nicht übertragen. [...] Wir delegieren nur das Recht, unsere Entscheidung zu verkünden.“ (Rakizkaja 2011) Betreffen Entscheidungen mehr als die in einem Rat vertretenen Einheiten, so können die Delegierten erneut Delegierte unter sich mit Verhandlungspositionen in höhere Räte entsenden. So entsteht eine Rätestruktur, die aber nicht fix, sondern flexibel ist, da sich für jede Problemstellung neue Delegierte aus anderen Einheiten zusammenfinden. Diese ständige Fluktuation wirkt einer Machtkonzentration entgegen. Darüber hinaus sind die delegierenden Einheiten mit dem Recht der jederzeitigen Abberufung der Delegierten betraut (ebd.).

Alexandr Busgalin beschreibt eine modifizierte Version des imperativen Mandats. Busgalin war zur Zeit der Perestroika ein junger Wissenschaftler und Mitglied der KPdSU. In der Informellenbewegung wirkte er in der *Federacija socialistitscheskich obschestwennych klubow* (Föderation sozialistischer gesellschaftlicher Klubs) mit und gründete schließlich 1991 innerhalb der KPdSU die deklariert oppositionelle Fraktion *Marxistskaja platforma* (Marxistische Plattform). In Busgalins Verständnis von Delegation werden Elemente des imperativen und des freien Mandats verbunden. Wie in liberaldemokratischen Konzeptionen werden inhaltliche Sachentscheidungen nicht an der Basis getroffen und nach oben weitergegeben, sondern die für eine gewisse Periode gewählten Abgeordneten entscheiden frei nach ihrem Gewissen. Gleichzeitig können sie aber jederzeit durch ihre Basis wieder abberufen werden. Diese Verbindung liberaler und sozialistischer Ideen ermöglicht einerseits größere Praktikabilität, da Entscheidungen nicht in langwierigen Prozessen an der Basis gefällt werden, andererseits aber auch eine starke Rückbindung an die delegierende Gemeinschaft (Busgalin 2011).

Diese Version der Delegation ist Teil eines durchdachten Systementwurfes, der sich durch Pluralität von Verfahren sowie Pluralität der legislativ tätigen Organisationen auszeichnet. Durch eine Verbindung von direkter Partizipation, Repräsentation und Delegation wird hier angestrebt alle gesellschaftlichen Gruppierungen in politische Entscheidungsprozesse einzubinden. Im Interview sowie in den Originalquellen (Busgalin 1990) nennt Busgalin diverse Organisationen, die die Gesetzgebung direkt ausüben. Dazu zählen lokale Selbst-

stverwaltungsorganisationen, ArbeiterInnenkollektive, Gewerkschaften, Konsumierendenräte, ökologische Initiativen, BürgerInnenvereinigungen, gesellschaftliche Assoziationen, Nichtregierungsorganisationen und soziale Bewegungen. Die sich teilweise überschneidenden Termini lassen sich in vier Kategorien unterteilen: Organisationen 1) der lokalen EinwohnerInnen, 2) der Konsumierenden, 3) der Erwerbstätigen sowie 4) entlang persönlicher Interessen und politischer Anliegen. Der Kerngedanke der Konzeption besteht darin, dass alle Parlamentssitze auf allen föderalen Ebenen auf die genannten Organisationen entsprechend ihrer Mitgliederzahl aufgeteilt werden. Wahlen zu den Parlamenten finden demnach in den jeweiligen Organisationen statt. In den Wahlen wird entschieden, wer innerhalb der Organisationen die Mandate erhält. An diesem Entscheidungsprozess sind nur die jeweiligen Mitglieder der diversen Gruppierungen beteiligt.

„Die Hauptform der Partizipation an der Regierung stellt die Vereinigung entlang der Interessen der Bürger dar. Er arbeitet – das Arbeiterkollektiv verteidigt seine Interessen. Er ist Mitglied einer produzierenden professionellen Gruppe – seine Interessen vertritt die Gewerkschaft. Er will gemeinsam mit anderen Kollegen die Natur vor Verschmutzung schützen, dann partizipiert er in einer ökologischen Organisation. Er verteidigt seine Interessen als Verbraucher, indem er an einer Konsumgesellschaft teilnimmt. Die einzige Begrenzung besteht in deiner eigenen Möglichkeit zu partizipieren – also praktisch in mehreren Strukturen zu arbeiten. Reicht die Kraft aus, um bei allen mitzuarbeiten, dann arbeite bei allen mit.“
(Busgalin 2011)

Die entscheidende Idee dieser Konzeption ist die Vereinigung repräsentativer und direktdemokratischer Elemente. Jedem/r steht es offen sich in den gesellschaftlichen Assoziationen direkt zu beteiligen, darüber hinaus sind vom Volk initiierte Referenden auf allen föderalen Ebenen möglich. Direkte Partizipation findet also entlang persönlicher Interessen statt. Ein System, das rein auf diesem Prinzip beruhen würde, würde aber alle jene, die nicht genügend Engagement und Energie aufbringen, sich zu beteiligen, aus dem legislativen Prozess ausschließen. Darum ist das System um Repräsentation entlang identitärer Linien ergänzt, da alle durch VertreterInnen der lokalen BürgerInnenorganisationen und der Konsumierendenräte vertreten sind. Darüber hinaus werden die Interessen von Erwerbstätigen und von gesellschaftlichen Minderheiten durch die jeweils zuständigen Organisationen repräsentiert. Dies setzt für Busgalin auch eine

rein selbstverwaltete Wirtschaft voraus. In seiner Rede am 28. Parteitag der KPdSU meinte er: „Die Schlüsselfrage ist die des Eigentums [...] Es scheint uns, dass der Weg der Entstaatlichung und Entbürokratisierung des Eigentums nicht durch den Verkauf von Unternehmen an Privatpersonen beschränkt werden, sondern über den Weg der Eigenständigkeit der Arbeiterkollektive, ihrer realen Selbstverwaltung, erfolgen soll.“ (Busgalin 1990)

Hier knüpft auch Alexandr Schubin an. Seine Ideen eines *Kommunalen Sozialismus* propagierte er als Student im anarchistischen Klub *Obschina* (Gemeinde, Kommune), aus dem später die *Konfederazija anarcho-sindikalistow* (Konföderation der Anarcho-Syndikalisten) hervorging. Wie Kagarlitzkij und Busgalin imaginierte Schubin eine rein selbstverwaltete Wirtschaft, wobei er aber im Gegensatz zu den beiden genannten jede Form zentraler staatlicher Lenkung ausschließt. Eher lassen sich Ähnlichkeiten von Schubins marktsozialistischem Modell mit Michaljowas Volkskapitalismus erkennen. Doch bei Schubin gibt es keinen Besitz an Kapital. Die selbstverwalteten Unternehmen werden von den Erwerbstätigen lediglich zur Generierung ihres Einkommens genutzt. Die ArbeiterInnenkollektive setzen Preise, Produktionsziele und Einkommen selbst fest. Letzteres setzt sich aus dem erwirtschafteten Profit des Unternehmens, der nach Abzug der Reinvestitionsmittel übrig bleibt einerseits, sowie den ebenfalls vom Kollektiv bestimmten Sozialleistungen andererseits zusammen. Obgleich es in dieser Konzeption ein hohes Maß an sozialer Sicherheit gibt, kann von Sozialstaatlichkeit nicht gesprochen werden, da ja jedes zentrale Umverteilungsorgan fehlt. Stattdessen werden Pensionen, Krankenversicherung, Kinderbetreuungseinrichtungen usw. von den Betrieben selbst zur Verfügung gestellt. Da jeder Betrieb über ein individuelles Einkommen entsprechend seinem wirtschaftlichen Erfolg verfügt, fallen auch Gehälter und Sozialleistungen unterschiedlich aus. Ein gewisses Maß an sozialer Ungleichheit zwischen konkurrierenden Betrieben stellt den zentralen Arbeitsanreiz dar. Dieser Ungleichheit ist aber nach oben eine natürliche Grenze gesetzt, da der private Besitz an Kapital und damit auch der Abzug von Mehrwert ausgeschlossen ist. Gleichzeitig steht jedem/r frei, weniger produktiv und dafür auch weniger wohlhabend zu sein. Treffen Erwerbstätige in den diversen Betrieben auf KollegInnen mit divergierender Arbeitsmotivation bzw. -rhythmus, so kann jederzeit ein anderes ArbeiterInnenkollektiv gesucht werden. So entsteht die Tendenz

Menschen mit ähnlichen Vorstellungen über Einkommen und Arbeitsaufwand in einem Unternehmen zu vereinen. Arbeitet ein Unternehmen so unproduktiv, dass sich die Einkommen der Mitglieder des Kollektivs nicht mehr finanzieren lassen, so geht das Unternehmen in Konkurs und die Erwerbstätigen suchen sich neue Arbeitsplätze (Schubin 2011).

Diese Ideen einer selbstverwalteten Konkurrenzwirtschaft propagierte Schubin im anarchistischen Spektrum der Informellenbewegung. Hier kam es zu inhaltlichen Auseinandersetzungen und organisatorischen Brüchen mit Wadim Damje. Dieser hatte bereits bei den realen Selbstverwaltungsversuchen in Moskauer Bezirken im Bereich des Umweltschutzes mitgewirkt und trug seine Ideen eines *Ökosozialismus* schließlich in die *Partija seljonych* (Partei der Grünen). Im Gegensatz zu Schubins Modell ist hier Konkurrenz als Arbeitsmotivation ausgeschlossen. Damjes System beruht auf Solidarität und Kooperation. Das wesentliche Unterscheidungsmerkmal zu Schubin besteht darin, dass bei Damje die Kompetenz über die Wirtschaft zu entscheiden nicht bei den selbstverwalteten Unternehmen liegt, sondern in den kommunalen Räten der EinwohnerInnen. So werden Produktionsziele nicht ausschließlich von den Erwerbstätigen in den Betrieben, sondern von allen, inklusive den Reproduktions- und Nicht-arbeitenden, getroffen. Auf kommunalen Versammlungen werden Listen mit den Konsumwünschen der EinwohnerInnen erstellt, die dann an die ArbeiterInnenkollektive weitergegeben werden. Diese gestalten den Produktionsprozess und entscheiden, welche der Wünsche sie erfüllen können. „Die Arbeiter entscheiden nur eines: wie sie ihren eigenen Produktionsprozess gestalten. D. h. alle technischen Fragen fallen in ihren Zuständigkeitsbereich. [...] also die Verwaltung, die Aufteilung, die Arbeitszeiten, die Arbeitsintensität, die Organisation des gesamten Arbeitsprozesses.“ (Damje 2011) Was über die lokalen Ressourcen hinausgeht, wird weiter nach oben an die Räte delegiert, die sich aus Zusammenschlüssen verschiedener Kommunen ergeben. Durch Kooperation werden so alle Wünsche abgearbeitet. Obgleich dezentral geplant wird, ergibt sich eine homogene, aufeinander abgestimmte Gesamtwirtschaft. Der Gedanke der Solidarität wird dabei auf jene übertragen, die nicht am politischen Prozess teilnehmen können. So werden die Interessen nicht-menschlicher Lebewesen sowie die von noch nicht geborenen menschlichen Generationen mitberücksichtigt (ebd; Damje 1990; Partija seljonych 1990).

Alexandr Tarasow folgt der Logik Damjes, doch geht er in der technischen Ausführung einen Schritt weiter. Als kommunistischer Dissident gründete Tarasow in den frühen 1970er-Jahren die *Neokommunistitscheskaja partija Sowjezkogo Sojusa* (Neokommunistische Partei der Sowjetunion), die im Untergrund agierte. Ohne jemals in Kontakt mit Computertechnologie gekommen zu sein, schloss Tarasow bereits zu dieser Zeit aufgrund historisch-materialistischer Überlegungen, dass neue Kommunikationstechnologien endlich einen wahren, demokratischen Kommunismus ermöglichen würden. Durch die Mittel moderner Massenkommunikation und die computergesteuerte Verarbeitung von Daten könnte ein weltweites System direkter Demokratie geschaffen werden, in dem die Menschen je nach Betroffenheit an den diversen Entscheidungen beteiligt wären. „An den Entscheidungen, die die Bewohner eines bestimmten Siedlungsraumes betreffen, nehmen diese auch teil. Wenn es einen größeren Bezirk betrifft, dann sind es eben mehr. Wenn diese Frage einen den ganzen Planeten betreffenden Charakter hat, dann versteht es sich, dass die Entscheidung auf der planetarischen Ebene getroffen wird.“ (Tarasow 2011) Dadurch ist auch Damjes föderalistische Rätestruktur nicht nötig. Es gibt weder Repräsentation noch Delegation. Entscheidungen werden ausschließlich von den BürgerInnen direkt getroffen. Dies setzt auch eine Veränderung gesellschaftlicher Arbeit voraus, die dadurch bedingt ist, dass durch rationale gesamtgesellschaftliche Aufteilung der Arbeit und durch den Einsatz von Computertechnologie nur noch wenig Arbeit im herkömmlichen Sinne nötig ist. „Einen sehr großen Prozentsatz der persönlichen Zeit wird jeder mit dem Hineindenken in Informationen zu den Problemen, die ihn betreffen, mit der Diskussion mit allen anderen und mit der kollektiven Erarbeitung und Entschlussfassung, verbringen.“ (Ebd.) So verschwimmen die Grenzen zwischen Arbeit, die nun befriedigend, erfüllend und schöpferisch wird und der Freizeit. Der durch den Kapitalismus entzweite Mensch findet zu seiner natürlichen Ganzheitlichkeit zurück (Partija senjonych 1990).

4. Schluss

Bevor nun abschließend eine theoretische Reflexion des Zusammenhangs von Demokratie und Sozialismus auf Basis der empirischen Ergebnisse erfolgt, wird der Versuch unternommen die damaligen Debatten für heutige Diskussionen um eine Redemokratisierung der

Demokratie fruchtbar zu machen und konkrete Reformvorschläge abzuleiten. Dies erfolgt unweigerlich über die Relativierung der großen Alternativentwürfe, da nur ein Fokus auf ihre einzelnen Elemente eine reformistische Perspektive ermöglicht. Gleichwohl soll damit aber der Wert der gesellschaftlichen Visionen nicht gemindert werden, die als Zukunftsziel, unabhängig von der Wahrscheinlichkeit ihrer aktuellen Realisierung, als Inspiration Bestand haben. An anderer Stelle habe ich acht konkrete Reformvorschläge formuliert (Asenbaum 2012: 177ff). Hier sollen nun die zentralsten dieser Vorschläge zusammengetragen und näher ausgeführt werden.

Mehrfach wurde auf die Parallelen aktueller und damaliger öffentlicher Reformdiskurse hingewiesen. Der wesentliche inhaltliche Unterschied ist aber gerade zwischen den beiden zentralen Begrifflichkeiten der jeweiligen Debatten zu finden. Obgleich „direkte Demokratie“, wie heute gefordert, und „Selbstverwaltung“, wie damals prominent, in die gleiche Richtung zielen, nämlich darauf, den direkten Einfluss der BürgerInnen auf die Politik zu stärken, so unterscheiden sie sich in ihrer Herangehensweise. Die aktuellen Debatten um direkte Demokratie schlagen meist vor, einzelnen BürgerInneninitiativen die Möglichkeit zu geben ihre Interessen auf Bundesebene durchzusetzen. So können vereinzelte Anliegen über einen mühsamen, ressourcenaufwändigen Prozess umgesetzt werden. Damalige Debatten, inspiriert von jahrelanger Auseinandersetzung und Indoktrinierung mit sozialistischen Ideen, verlangten aber breite Graswurzelbeteiligung. Heutige Ansätze direkter Demokratie sollten also um diesen Gedanken der Graswurzelpartizipation – nicht im Sinne eines einzelnen politischen Projekts, sondern im Sinne alltäglicher kreativer Mitbestimmung – angereichert werden.

Wie eine solche abstrakte Idee in die Tat umgesetzt werden kann, findet sich in konkreten Vorschlägen wie der Ausweitung wirtschaftsdemokratischer Mitbestimmung am Arbeitsplatz, der Aktienbeteiligung der Belegschaft an ihrem Unternehmen (Michaljowa), sowie in Form eines neuen Tripartismus, bei dem die gesamte Bevölkerung durch Konsumierendenräte vertreten ist (Kudjukin). Der aus meiner Sicht interessanteste Vorschlag, der zu weiteren Überlegungen anregt, findet sich in Busgalins zivilgesellschaftlichem Parlament. Institutionell könnte im österreichischen Kontext eine grundlegende Reform der zweiten Kammer des Parlaments sowie die Schaffung eines entsprechenden Rates auch auf allen föderalen Ebenen angedacht

werden. Solche BürgerInnenräte könnten entweder eine gewichtige Stimme im legislativen Begutachtungsprozess bekommen oder darüber hinaus selbst das Initiativrecht und eventuell auch ein Abstimmungsrecht über Gesetzesvorlagen erhalten. Zweiterer Weg würde den Parlamentarismus in Österreich grundlegend verändern, da so der Einfluss der Parteien und damit der Exekutive (Stichwort „Klubzwang“) beträchtlich eingeschränkt werden würde. Die exekutiven Regierungsorgane müssten so mit zivilgesellschaftlichen Initiativen in Verhandlungen treten. Während heute meist die Direktwahl der MandatarInnen nach einem Mehrheitswahlrecht als Maßnahme gegen den Klubzwang und damit der Macht der Exekutive gefordert wird (was zur Einschränkung der Parteienvielfalt führen würde), ist also denkbar, den Klubzwang und die legislativen Kompetenzen der Exekutive auf anderem Wege zu begrenzen, der Parteienvielfalt nicht einschränkt, sondern ziviles Engagement fördert.

Die Sitze der BürgerInnenräte könnte auf die zivilgesellschaftlichen Organisationen entsprechend der Mitgliederstärke aufgeteilt werden. Hier tut sich allerdings ein altbekanntes Problem auf. Die Frage, über die es noch ausführlich nachzudenken gilt, besteht darin, wie sich zivilgesellschaftliche Initiativen in einem kapitalistischen Umfeld ihren Graswurzelcharakter, ihre Verankerung in der Bevölkerung, erhalten können. Es besteht die Gefahr, dass sich ressourcenstarke AkteurInnen organisieren und durch aufwändige Mitgliederwerbung einen überproportionalen Teil der neuen Parlamentssitze sichern. Durch voranschreitende Professionalisierung drohen zivilgesellschaftliche Organisationen in denselben Sog gezogen zu werden, der die Entwicklung heutiger postdemokratischer Parteien bestimmt (vgl. Crouch 2008: 91ff). So würden die Interessen der Bevölkerung nicht entsprechend ihres tatsächlichen Verhältnisses auf die politischen Institutionen reflektiert. Dem könnte einerseits durch die gesetzliche Begrenzung von Werbung (etwa durch eine Beschränkung auf bestimmte Medien oder die Festlegung eines Geldbetrags), andererseits durch eine zweckgebundene staatliche Förderung entgegengewirkt werden. Auch über die Regulierung oder ein Verbot von Spenden müsste nachgedacht werden.

Die MandatarInnen werden innerhalb der zivilgesellschaftlichen Organisationen für eine Anzahl ihnen zustehender Parlamentssitze gewählt. Das aktive wie das passive Wahlrecht ist dabei an eine Mitgliedschaft in den Organisationen geknüpft. Dies verspricht

einen enormen Politisierungsschub, der durch die Begrenzung von Werbung nur in den Bereichen stattfindet, wo genuine gesellschaftliche Interessen bestehen. Passiv und aktiv gewählt wird also zum einen wie bislang auf den diversen föderalen Ebenen zu den ersten Parlamentskammern, zum anderen in den zivilgesellschaftlichen Organisationen zu den zweiten. Dabei unterscheiden sich die Beschickungsmodi aber wesentlich. Während in den ersten Kammern das freie Mandat gilt, könnte in den BürgerInnenräten eine Mischform aus freiem und imperativem Mandat, wie es sich bei Busgalin und Kagarlikij abzeichnet, eingesetzt werden. Demnach werden BürgerInnenräte gewählt und entscheiden politische Fragen frei nach ihrem Gewissen. Gleichzeitig legen sie aber regelmäßig in ihren Organisationen Rechenschaft über ihre Entscheidungen ab und sind jederzeit abberufbar. Einerseits gibt dies den Abgeordneten genügend Flexibilität schnell und effektiv zu agieren, andererseits ist ihr Handeln aber eng an ihre WählerInnenschaft gebunden. Auch dadurch wird die Verankerung der Organisationen in der Bevölkerung gesichert. Es besteht keine fixe und koordinierte Legislaturperiode. So fluktuiert die Zusammensetzung der zweiten Kammer ständig und die Exekutive ist gezwungen auch auf wechselnde Meinungen der Bevölkerung einzugehen. Bei der organisationsinternen Kommunikation sollte auch die Nutzung von sozialen Medien im Sinne Tarasows angedacht werden. So könnte die Rechenschaftspflicht und der inhaltliche Austausch zwischen MandatarInnen und Organisationsmitgliedern teilweise über solche Kommunikationskanäle erfolgen. All diese Demokratiereformen drohen aber durch die ungleiche Ressourcenverteilung im Kapitalismus kompromittiert und ausgehöhlt zu werden. Dem kann innerhalb einer kapitalistischen Gesellschaftsordnung nur mit Zwang, Regulierung und Umverteilung begegnet werden. Deshalb bleibt vor den Überlegungen Kudjukins, der soziale Rechte als demokratische Partizipationsrechte definiert, die dem Kapitalismus inhärente Ungleichverteilung von Möglichkeiten und Freiheiten immer das zentrale Problem jeder ernst gemeinten Demokratisierung.

Dieser Widersprüchlichkeit von Demokratie und Kapitalismus gegenüber zeigt sich in den Debatten der Informellenbewegung das Ineinandergreifen und die Wesensgleichheit von Demokratie und Sozialismus. Dies wird auch durch die Aussagen der Befragten (Interviews 2011) explizit affirmiert. So definiert etwa Rakizkaja: „Der Sozialismus ist eine demokratische,

nicht-ausbeuterische Gesellschaft.“ Kudjukin schließt sich an: „Der Sozialismus ist die maximal entwickelte und auf die Mehrheit der Lebensbereiche ausgeweitete Demokratie [...] Die Demokratie kann nur leben, wenn sie sich entwickelt und ausbreitet. Und diese kontinuierliche Ausbreitung führt uns zum Sozialismus.“ Bei Tarasow, Damje und Schubin finden sich deutliche inhaltliche und begriffliche Überschneidungen, was auch auf die Authentizität dieses Diskurselements hinweist. Tarasow: „Der Sozialismus bzw. Kommunismus kann ohne direkte Demokratie nicht existieren. Andererseits kann es aber auch keine direkte Demokratie bis zum Sozialismus/Kommunismus geben, solange noch soziale Ungleichheit existiert [...]“ Damje: „Für uns war Basisdemokratie und Selbstverwaltungssozialismus ein und dasselbe. Wir fanden, dass man das eine von dem anderen unmöglich trennen kann, da das eine die Bedingung des anderen ist. D. h. Sozialismus ist die organisierte ökonomische Form der Demokratie und Demokratie ist die Form der Entscheidungsfindung in einer sozialistischen Gesellschaft.“ Schubin: „Die ökonomische Grundlage ist der Sozialismus. Das politische System ist die Demokratie. Das eine kann ohne das andere nicht existieren.“

Während die Einheit von Demokratie und Sozialismus in deklarierten linken Gruppierungen der Informellenbewegung deutlich artikuliert wird, ist die Einschätzung der Gegenteiligkeit der beiden Ideen für deklariert liberal-kapitalistisch orientierte AktivistInnen ebenso klar. Michaljowa meint: „Der Sozialismus ist Unfreiheit. Die Demokratie ist Freiheit. [...] Demokratie und Sozialismus schließen einander aus.“ Und Solotarjowa: „Welche Demokratie soll unter dem Sozialismus denn sein?! Es gab sie niemals und es wird sie auch niemals geben. Es gab sie während der gesamten Zeit der sozialistischen Gesellschaften nicht. Keine Einzige von ihnen war demokratisch. Es gab keine Einzige von ihnen, wo nicht politische Gefangene existiert hätten [...]“

Diesem „ideological divide“, was das Verhältnis von Demokratie und Sozialismus betrifft, kann nun zweifach begegnet werden. Der Schlüssel zum Verständnis der liberalen Kritik liegt hierbei darin zu erkennen, dass sie sich vor allem auf den Staatssozialismus und seine repressive Praxis, nicht auf den theoretischen-utopischen bezieht. Erstens kann die Kritik also relativiert werden, da sich die inhaltlichen Vorstellungen gesellschaftlicher Alternativen von Liberalen und SozialistInnen in der Informellenbewegung, wie

gezeigt wurde, nicht grundlegend widersprechen. Im Gegenteil, im imaginierten Kapitalismus Michaljowas und Solotarjowas sind die Grundwerte gesellschaftlicher Emanzipation und Selbstverwaltung klar erkennbar. Solotarjowa erklärt im Interview den Namen ihrer Organisation *Bürgerwürde*: „Der Begriff ‚Bürgerwürde‘ bedeutet, dass die Gesellschaft nicht aus gesteuerten Objekten, sondern aus Subjekten besteht [...] Jegliches demokratisches Gefüge ist nur in einem Land möglich, in dem sich die Bürger aktiv für die gesellschaftlichen Angelegenheiten einsetzen.“

Obgleich also die Vision eines gerechten, demokratischen Gemeinwesens fast allen Gruppierungen innerhalb der Informellenbewegung gemein war,⁸ ist aber die liberale Kritik andererseits ernst zu nehmen. Wie bereits in der Einleitung angesprochen, muss sich ein linkes Zukunftsprojekt auch mit der Vergangenheit kritisch auseinandersetzen, um Fehler nicht zu wiederholen. Autoritäre Tendenzen innerhalb sozialistischer Gedankenströmungen entstanden nicht erst mit den staatssozialistischen Versuchen ab 1917. Der oft gehässig formulierte Vorwurf der repressiven Gleichmacherei muss deshalb ernst genommen werden. Tatsächlich sieht sich auch die aktuelle Linke mit dem Problem konfrontiert, wie das Ideal der demokratischen Umverteilung der sozialen Freiheiten ohne Unterdrückung, Gewalt und Terror realisierbar ist. Wird dieses Problem ignoriert, so scheinen auch zukünftige Projekte zum Scheitern verurteilt, da selbst die schönste Utopie kaum erzwungen werden kann. Anders gesagt, es ist fraglich ob sich prinzipiell das Reich der Freiheit auf einem Fundament der Unfreiheit bauen lässt.

Das „ideological divide“ wirkt aber auch in die umgekehrte Richtung hinderlich. Auch aktuelle Debatten um die Redemokratisierung der Demokratie sollten sich Ideen, die dem sozialistischen Spektrum entstammen, nicht verschließen. Die Phase der Perestroika und die Ideen der Informellenbewegung sind gerade deshalb interessant, weil sich hier liberal-humanistisch-demokratische und sozialistisch-anarchistisch-demokratische Ideale vermischen und einander befruchten. Um auch heute fusionistische, synthetische Ansätze zu ermöglichen und ideologische Festgefahenheiten aufzulösen, gilt es das ohnehin brüchige Paradigma des Endes der

8 14 von 16 Interviewten beschrieben Selbstverwaltungsorgane in irgendeiner Form (die beiden Ausnahmen bilden der Anarcho-Liberale Wjatscheslaw Igrunow und die Stalinistin Tatjana Chabarowa).

Geschichte zu überwinden und die Eindimensionalität der Totalitarismustheorie hinter sich zu lassen. So wird der Mensch wieder zum Subjekt der Geschichte. Der Blick auf alternative Vergangenheiten eröffnet alternative Zukunftsperspektiven.

Anhang: Interviewübersicht

- Busgalin, A. (2011): persönliches Interview, 14.06.2011, Moskau.
 Damje, W. (2011): persönliches Interview, 28.06.2011, Moskau.
 Dementjew, W. (2011): persönliches Interview, 30.06.2011, Moskau.
 Kagarlitzkij, B. (2011): persönliches Interview, 15.06.2011, Moskau.
 Kudjukin, P. (2011): persönliches Interview, 10.06.2011, Moskau.
 Michaljowa, G. (2011): persönliches Interview, 23.06.2011, Moskau.
 Rakizkaja, G. (2011): persönliches Interview, 30.06.2011, Moskau.
 Schubin, A. (2011): persönliches Interview, 08.06.2011, Moskau.
 Solotarjowa, A. (2011): persönliches Interview, 29.06.2011, Moskau.
 Tarasow, A. (2011): persönliches Interview, 01.07.2011, Moskau.

Literatur

- Altrichter, H. (2009): *Russland 1989 – Der Untergang des sowjetischen Imperiums*. München: C. H. Beck.
 Arendt, H. (2008/1951): *Elemente und Ursprünge totalitärer Herrschaft – Antisemitismus, Imperialismus, Totalitarismus*. München: Piper.
 Asenbaum, H. (2012): *Vergessene Alternativen – Demokratiekonzeptionen zivilgesellschaftlicher und sozialer Bewegungen im Russland der Perestroika*. Diplomarbeit, Universität Wien.
 Aves, J. (1992): The Russian Labour Movement, 1989-'91 – The Mirage of a Russian Solidarność. In: Hosking, G./Aves, J./Duncan, P. (Hg.) *The Road to Post-Communism – Independent Political Movements in the Soviet Union 1985-1991*. London: Pinter Publishers, 138-156.
 Bahry, D./Silver, B. D. (1990): Soviet Citizen Participation on the Eve of Democratization. *American Political Science Review*, 84 (3), 821-847
 Brovkin, V. (1990): Revolution from Below – Informal Political Associations in Russia 1988-1989. *Soviet Studies*, 42 (2), 233-257.
 Busgalin, A. (1990): *Rede am 28. Parteitag der KPdSU*. Online: <http://alternativy.ru/ru/node/1607> [20.08.2012]

- Crouch, C. (2008): *Postdemokratie*. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
 Damje, W. (1990): *Für die ökosozialistische Antwort auf die sozial-ökonomische Krise in der Sowjetunion*. In deutscher Sprache verfasst, im Samisdat (Eigendruck) erschienen: Moskau.
 Engert, S./Gartenschläger, U. (1989): *Der Aufbruch – Alternative Bewegungen in der Sowjetunion – Perestroika von unten*. Reinbek: Rowohlt.
 Ekiert, G. (1996): *The State Against Society – Political Crises and their Aftermath in East Central Europe*. Princeton: Princeton University Press.
 Fisk, M. (1991): Marxism in the USSR Today. *Studies in Soviet Thought*, 41 (1), 33-49.
 Friedgut, T./Siegelbaum, L. (1990): Perestroika from Below – The Soviet Miners' Strike and its Aftermath. *New Left Review*, Nr. 181, 5-33.
 Friedrich, C. J. (1957): *Totalitäre Diktaturen*. Stuttgart: Kohlhammer.
 Fukuyama, F. (1992): *Das Ende der Geschichte – Wo stehen wir?* München: Kindler.
 Garcelon, M. (1997): The Estate of Change: The Specialist Rebellion and the Democratic Movement in Moscow, 1989-1991. *Theory and Society*, 6 (1), 39-85.
 Garcelon, M. (2005): *Revolutionary Passage – From Soviet to Post-Soviet Russia, 1985-2000*. Philadelphia: Temple University Press.
 Gerstenmaier, C. (1972/1971): *Die Stimme der Stummen – Die demokratische Bewegung in der Sowjetunion*, dritte ergänzte Auflage. Stuttgart: Seewald.
 Gorbatschow, M. (1987): *Perestroika – Die zweite russische Revolution – Eine neue Politik für Europa und die Welt*. München: Droemer Knauer.
 Graschdanskoje dostoinstwo (1988): *Reformprogramm*. 12.07.1988, Samisdat (Eigenverlag): Moskau.
 Hosking, G. (1992): The Beginnings of the Independent Political Activity. In: Hosking, G./Aves, J./Duncan, P. (Hg.): *The Road to Post-Communism – Independent Political Movements in the Soviet Union 1985-1991*. London: Pinter Publishers, 1-28.
 Igrunow, W. (1990): Öffentlichkeitsbewegungen in der UdSSR – Vom Protest zum politischen Selbstbewusstsein, in: Segbers, K. (Hg.): *Perestroika – Zwischenbilanz*. Frankfurt/Main: Suhrkamp, 76-105.
 INEX (2012): Nie wieder Kommunismus? – Einleitung zum Buch, in: Ders. (Hg.): *Nie wieder Kommunismus? Zur linken Kritik am Stalinismus und Realsozialismus*. Münster: Unrast, 7-16.
 Kagarlitsky, B. (1988): *The Thinking Reed – Intellectuals and the Soviet State from 1917 to the Present*. London/New York: Verso.
 Kagarlitsky, B. (1990a): *Farewell Perestroika – A Soviet Chronicle*. London/New York: Verso.
 Kagarlitsky, B. (1990b): *The Dialectics of Change*. London/New York: Verso.

- Komaromi, A. (2012): Samizdat and Soviet Dissident Publics. *Slavic Review*, 71 (1), 70-90.
- Kornai, J. (2006): The Great Transformation of Central Eastern Europe – Success and Disappointment. *Economics of Transition*, 14, 2, 207-244.
- Kreisky, E. (2012): „Durch die Eiswüste der Abstraktion“? Aspekte der Theoriearbeit in der Politikwissenschaft. In: Kreisky, E./Löffler, M./Spitaler, G. (Hg.): *Theoriearbeit in der Politikwissenschaft*. Wien: UTB.
- Lane, D. (1992/1990): *Soviet Society under Perestroika*. Revised Edition. London/New York: Routledge.
- Lewytzkyj, B. (1974): *Die linke Opposition in der Sowjetunion*. Hamburg: Hoffmann und Campe.
- Lukin, A. (2000): *Political Culture of the Russian „Democrats“*. Oxford: Oxford University Press.
- Mandel, D. (1991): *Perestroika and the Soviet People – Rebirth of the Labour Movement*. Montréal/New York: Black Rose Books.
- Partija seljonych (1990): Gründungsdokument, 24./25.03.1990, Samisdat (Eigenverlag).
- Price, C./Nonini, D./Fox Tree, E. (2008): Grounded Utopian Movements – Subject of Neglect. *Anthropological Quarterly*, 81 (1), 127-159.
- Riordan, J. (1988): Soviet Youth – Pioneers of Change. *Soviet Studies*, 40 (4), 556-572.
- Schlögel, K. (1984): *Der renitente Held – Arbeiterprotest in der Sowjetunion 1953-1983*. Hamburg: Junius.
- Schubin, A. (2005): *Paradoksi perestrojki – Upuschennyj schans SSSR*, Moskau: Wetsche.
- Schubin, A. (2006): *Predannaja demokratija – SSSR i njeformaly*, Moskau: Jewropa.
- Sedaitis, J.B. (1991): Worker Activism: Politics at the Grass Roots. In: Sedaitis, J./Butterfield, J. (Hg.): *Perestroika from Below – Social Movements in the Soviet Union*. Boulder: Westview Press, 13-27.
- Segert, D. (2002): *Die Grenzen Osteuropas – 1918, 1945, 1989 – Drei Versuche im Westen anzukommen*. Frankfurt/New York: Campus.
- Segert, D. (2007): Postsozialismus – Spätsozialismus – Staatssozialismus: Grundlinien und Grundbegriffe einer wissenschaftlichen Postsozialismus-Forschung. In: Ders. (Hg.): *Postsozialismus – Hinterlassenschaften des Staatssozialismus und neue Kapitalismen in Europa*, Wien: Braumüller, 1-23.
- Segert, D. (2009): Staatssozialismus, ökonomische Entwicklung und Modernisierung in Osteuropa. In: Becker, J./Weissenbacher, R. (Hg.): *Sozialismen – Entwicklungsmodelle von Lenin bis Nyerere*. Wien: Promedia & Südwind, 98-116.
- Simon, R. (2010): Passive Revolution, Perestroika, and the Emergence of the New Russia. *Capital & Class*, 34 (3), 429-448.
- Wallerstein, I. (2008): *Utopistik – historische Alternativen des 21. Jahrhunderts*. Wien: Promedia.
- Yurchak, A. (2005): *Everything Was Forever, Until It Was No More – The Last Soviet Generation*. Princeton/Oxford: Princeton University Press.